

wahren, die nicht Garantien ihrer Freiheit aufstellen, ist es unrecht, eine solche sündhafte Unterlassung dessen, was die Ehre des Mannesbewußtseins fordert, mit dem Worte „Vertrauen“ zu entschuldigen.“

„Hätte England nach dem Sturze der Stuarts,“ fuhr er fort, „sich Wilhelm gleich vertrauend in die Arme geworfen, so würden die hannoverschen George, welche die beste Lust dazu hatten, bald mit der Freiheit aufgeräumt haben. Ohne diese Freiheit aber würde Bonaparte noch über uns herrschen, und Sie sind im Widerspruch mit sich, wenn Sie dieses Vertrauen verteidigen und andererseits die Befreiung Deutschlands vom auswärtigen Despoten, die ohne den ausharrenden Sinn freier englischer Männer nie möglich gewesen wäre, freudig begrüßen.“

Der Pfarrer schweig ein Weilchen. „Ich will nicht leugnen,“ sagte er dann ruhig, „daß an Ihren Worten, besonders in den Beispielen, daß Sie aufstellen, einiges Wahre ist; aber man darf doch nicht annehmen, daß kein Mensch imstande sei, sich zu bessern, und wenn man dies nicht annimmt, so muß auch zugeben, daß die Gewaltthaber imstande sind, von alten Anschauungen abzulassen.“

„Sie wissen, Herr Pastor,“ erwiderte Abraham, „so ungern ich darauf zurückkomme, daß ich mit Robespierre, Couthon und den hervorragenden Männern des Konvents befreundet war. Ich weiß wohl, daß bei uns noch diese Männer wie eine Rote Kasse angesehen werden, daß man sich hier unter dem Konvent eine Bande zusammengelaufenen Gesindel denkt, die nur auf Blut und Greuel dachte. Wenige Menschen wissen, daß diese Versammlung die Blüte Frankreichs in sich schloß, daß nie, auch nur einen Augenblick, die Erde solche Zahl von Talenten, ja Genies, verammelt sah. Nachdem die eine Hälfte guillotiniert und von der andern Hälfte Bonaparte wieder den halben Teil nach Cayenne geschickt oder in die Flucht gejagt, war das letzte Viertel — und diese waren wirklich nicht die Besten — doch noch ausreichend, ihm seine großen Staatsräte, Minister, ja Generale zu liefern; Männer aus der Versammlung, die Frankreich konstituiert, organisiert hat. Männer, die den Code schufen, an den dieser Räuber Bonaparte zur rechten Zeit seinen Namen zu hängen wußte. Ich will darin nicht weiter fortfahren, ich will nur soviel Uebersetzung bei Ihnen hervorheben, daß Patrioten, welche solche Versammlung in ihrer höchsten Kraft leiteten, ja beherrschten, daß Charaktere, die für die großen unter der alten Monarchie verschütteten Grundlagen der Gesellschaft gegen das andringende Europa in Waffen einstanden, daß Männer von so gewaltigem Stempel tiefe Einsicht genug in die Natur der Staaten und Völker gehabt haben müssen, und daß, wenn Robespierre, als ich öfters mit ihm und seinem großen Hunde durch die Felder um Paris spazieren ging, politische Grundsätze aufstellte, diese das Substrat tiefen Denkens und schärfster Einsicht waren. „Eine politische Partei, die Privilegien in Anspruch nimmt, kann man nie bessern, man kann sie nur vernichten,“ sagte er oft; ja er sah sogar seinen Sturz voraus durch Leute, welche er die Lächerlichen nannte. Und wirklich, der lächerliche Tallien, dessen lächerliches Weib und die jeunesse doree stürzten ihn. Sie hätten die Freude sehen sollen, Herr Pastor, mit der alle wieder an ihre Plaisirs und zur Agiotage stürzten, als Robespierre dahin war. Da wars aus; ich wußte es, ich verließ Frankreich; ich kehrte zurück, als mich das infame Vertrauen besahlich, dieser Artillerie-Leutnant wolle doch wohl die Freiheit retten und ein Washington werden; ich vergaß, daß dies einem Offizier von Hause aus nie möglich ist, und ich verließ Frankreich zum zweiten Male, als dieser Schänder seiner Mutter, der Revolution, die Freiheit begrub. Daher mein Haß gegen ihn.“

Glauben Sie mir, hätte sich dieser raubgierige Korbe zum König a la Louis der Siebzehnte machen können, er hätte es gern getan. Aber die Revolution hatte ihm kein Material dazu gelassen, und so konnte er Kultus, Gesellschaft und Recht und damit auch den

Code nicht mehr ändern. Seine Worte: „les blancs sont blancs et les bleus sont bleus“ (die Weißen sind weiß und die Blauen sind blau) hätte man ihn ins Gesicht zurückwerfen können. Robespierre fühlte, ja wußte dies alles voraus: „Sie haben zu niemanden Vertrauen, der ihres Gleichen ist,“ sagte er, „sie vertrauen nur dem, der hoch steht oder sich gewaltfam erhoben hat“; darum haßte ich solche Vertrauen; an eine Besserung der Gewaltthaber, an ein Zurückkommen derselben von alten Anschauungen ist nicht zu denken.“

Der Egoist.

Von Iwan Turgenjef.

Er besaß alles, was nötig war, um die Heißel seiner Familie zu werden.

Er war gesund und reich zur Welt gekommen — und er blieb gesund und reich während seines ganzen langen Lebens; er ließ sich kein einziges Vergehen zu Schulden kommen, beging keinen einzigen Mißgriff, weder in Worten noch in Taten.

Er war von makelloser Ehrenhaftigkeit! ... Und stolz im Bewußtsein seiner Ehrenhaftigkeit, drückte er alle damit zu Boden: Verwandte, Freunde, Bekannte.

Die Ehrenhaftigkeit war ihm ein Kapital ... und er wucherte mit diesem Kapital.

Die Ehrenhaftigkeit gab ihm das Recht, erbarmungslos zu sein und nur das vom Gesetz befohlene Gute zu tun ... Und er war erbarmungslos und tat nichts Gutes ... denn das vorgeschriebene Gute ist nicht das Gute.

Niemals kümmerte er sich um jemand anders als um seine eigene so musterhafte Person; und er wurde ernstlich böse, wenn andere nicht ebenfalls eifrig um dieselbe besorgt waren!

Uebrigens betrachtete er sich nicht als einen Egoisten — und nichts schmähete, nichts verfolgte er unerbittlicher als den Egoismus und die Egoisten! ... Natürlich: fremder Egoismus war seinem eigenen im Wege.

Da er sich von der geringsten Schwäche frei wußte, so konnte er fremde Schwäche weder begreifen noch dulden. Er begriff überhaupt niemand und nichts, denn ganz und gar, von allen Seiten, oben und unten, vorn und hinten war er von seiner eigenen Person umgeben.

Er begriff nicht einmal, was vergeben heißt. Sich selbst hatte er nichts zu vergeben ... wozu hätte er da ändern zu vergeben brauchen?

Vor dem Richterstuhl seines eigenen Gewissens, vor dem Antlitz seines eigenen Gottes richtete er, dieses Wunder, dieses Angeheuer von Tugend die Augen gen Himmel und sprach mit fester klarer Stimme: „Ja, ich bin ein würdiger, sittenreiner Mensch!“

Diese Worte wird er auf seinem Sterbelager wiederholen — und selbst dann wird sich nichts regen in diesem steinernen Herzen — in diesem Herzen ohne Fehl und ohne Makel.

O Häßlichkeit der selbstzufriedenen, unbeugsamen, billig erworbenen Tugend — bist du nicht widerwärtiger als die offene Häßlichkeit des Lasters!

Dezember 1878.

Sprüche.

Kein Krieg! Kein Despotismus! Keine Sklavenketten! sind die ersten Lippenlaute der neugeborenen Kultur — und daher liegen sie auch noch so schwer auf der Zunge!

Die Zeit vollzieht sich — doch vollzieht sie sich Anders mit euch und anders gegen euch.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 34

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 25. August 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Zur Steuerfrage (Schluß)	Seite 257
Der Pazifismus im Dienste des Imperialis- mus. Von Leo Trotsky. (Schluß)	259
Zum Komplott gegen die Bolschewiki	261
Aus unserm politischen Tagebuch	263
Feuilleton: Eine Lektüre. Aus Goethes „Faust“	264

Zur Steuerfrage.

Indirekte Steuern und Monopole.

Zu diesem ungeheuren Staatsbedarf (unter welchen Begriff wir kurz den Bedarf des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden zusammenfassen) kommen noch große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Hoffnung auf eine günstige Konjunktur unmittelbar nach dem Kriege ist eitel. Da eine starke Einfuhr von Getreide und Rohstoffen nötig wird, der eine entsprechende Ausfuhr nicht gegenübergestellt werden kann, ist entweder eine Entblößung an Geld notwendig oder der deutsche Markkurs droht noch weiter zu steigen. Was gegen die Uebersättigung des inneren Marktes mit Papiergeld geschehen soll, ist vollkommen schleierhaft: Gesunkener Geldkurs und Fortdauer der Papierwährung im alten Umfang bedeutet aber auch Fortdauer der Teuerung. Der stark geschwächten Arbeiterschaft dürfte es kaum möglich sein, die Löhne nennenswert zu erhöhen. All diese Erwägungen geben Professor Mombert* recht, wenn er sagt:

Wenn schon bisher allgemein der Satz gegolten hat, daß neue Steuern nicht nur unter rein finanziellen Gesichtspunkten zu prüfen sind, sondern daß auch ihre wirtschaftliche und soziale Wirkung zu ihrer Beurteilung mit herangezogen werden muß, so gilt dies doppelt für die Zeit nach dem Kriege.

Aber von diesem Gesichtspunkte aus ist schon die Steuerpolitik während des Krieges durchaus zu verwerfen. Die Finanzwirtschaft des Reiches während des Krieges ist dadurch gekennzeichnet, daß die unmittelbaren Kriegsausgaben durch Anleihen und nur die übrigen laufenden Ausgaben durch Steuern gedeckt wurden. Diese Steuern waren die Kriegsgewinnsteuer, Verbrauchs- (Tabak-, Rohlensteuer) und Verkehrsabgaben (Postgebühren, Stempel-, Quittungssteuer). Da die Kriegsgewinnsteuer eine einmalige Abgabe ist, deren Quelle nach dem Kriege

* Professor Dr. Paul Mombert: Der Finanzbedarf des Reiches und seine Deckung nach dem Kriege. Karlsruhe 1916.

versiegt, so ist damit schon die Richtung der künftigen Steuerpolitik angedeutet: indirekte Steuern. Es sei denn, daß unsere Reichsleitung ihre Finanzgrundsätze gründlich ändern würde. Natürlich wird schon aus politischen Gründen vom reinen Prinzip der indirekten Steuern abgegangen werden. Aber selbst wenn eine stark wirkende Erbschaftsteuer eingeführt würde, so bliebe doch bei dem ungeheuren Staatsbedarf noch ein riesiges Feld für die indirekte Steuer übrig.

Es ist jetzt nicht mehr nötig die soziale Wirkung der indirekten Steuern näher zu schildern. Die bisherige Reichssteuerpolitik mit ihren beständigen Kämpfen hat der Arbeiterklasse die Erkenntnis eingehämmert, daß indirekte Steuern hauptsächlich die schwachen Schultern der Arbeiterschaft belasten, auf die sie in der Hauptsache abgewälzt werden (bei den letzten Verkehrsabgaben wurde ausdrücklich durch das Gesetz für die Abwälzung nach unten gesorgt), daß im Besonderen die Zölle weit über den Betrag der Steuer hinaus zu einer Ausplünderung der Verbraucher führen, daß die Belastung einzelner Gewerbe, wie sie die Tabaksteuer bringt, die betreffende Arbeiterschaft ungeheuerlich schädigt. Nebenbei bemerkt, wird gerade künftig die Tabaksteuer umso katastrophaler auf die Tabak-Arbeiterschaft wirken, weil sie wahrscheinlich schwerer unter der Konkurrenz der Kriegskrüppel zu leiden haben wird.

Wenn nun auch entragierte Umlerner für eine Revision der sozialdemokratischen Stellung zur Zoll- und Steuerfrage eingetreten sind, so dürfte doch selbst die offizielle sozialdemokratische Partei diesen Weg nicht beschreiten, der sie um jeden Kredit in der Arbeiterschaft bringen würde. Wer aber bei den riesigen Kriegsanleihen immer wieder A gesagt hat, muß bei der Deckung des Finanzbedarfs B sagen. Der Ausweg soll im Staatsmonopol gefunden werden, das namentlich von Cunow, Lensch, Janson, Hue und anderen propagiert wird. Ueber die rein steuerpolitischen Gründe hinaus wird das Staatsmonopol als eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die um ihrer selbst willen vom echten Marxisten erstrebt werden müsse, indem man an den Satz erinnert, daß eine Produktionsweise erst dann zu Grunde gehen könne, wenn sie alle Entwicklungsformen, für die sie weit genug sei, auch durchlaufen habe. Wir wollen in diesem Zusammenhange nur eben bemerken, daß das Wesentliche, worauf es ankommt, die Entfaltung der Produktionskräfte und die fortschreitende Organisation der Produktion ist. Der Staatskapitalismus, der jetzt wieder einmal als Staatssozialismus gepriesen wird,

stellt aber heute, in der Zeit der Kartelle und Trusts, der Zeit des Privatmonopols, keine neue, höhere Produktionsform dar. Er kann nicht einmal innerhalb der schon erreichten Produktionsform die Entwicklung fördern. Eher wird er ihr Hemmnis, denn das Privatmonopol strebt schon über den nationalen Rahmen zum internationalen Trust, zum Weltmonopol hinaus, für das der Staatskapitalismus wegen seiner starren Form nicht geeignet ist. Aber allein die stark konzentrierten Industrien und der bereits konzentrierte Handel bilden Objekte der Verstaatlichung. Der angeblich marxistische Trumpf unserer modernen Staatskapitalisten ist also in Wirklichkeit nur eine pseudomarxistische Ausflucht. Zu überzeugen versuchen sie tatsächlich auch nur durch steuerpolitische Beweise.

Wie steht es nun mit diesen? Monopole können in verschiedenen Formen auftreten. Sie können den ganzen wirtschaftlichen Prozeß in einer Industrie von der Produktion bis zur Verteilung an die Konsumenten umfassen (z. B. verstaatlichter Kohlenbergbau und Kohlenhandel). Sie können einen bestimmten Abschnitt der Produktion herausnehmen, wie das beim Elektrizitätsmonopol geplant war, oder sie können sich auf den Handel allein beschränken, wie beim Petroleummonopol. Auch eine Verbindung von Privat- und Staatsmonopol, ähnlich der gemischt-wirtschaftlichen Betriebe in der modernen Stadtverwaltung ist möglich. Bei dieser letzten Form werden aber die privatkapitalistischen Interessen den Staat so sehr als ihren Vorspann verwenden, daß Sozialdemokraten die Begeisterung des Herrn Cunow für Zwangshyndikate mit Staatsbeteiligung nicht teilen werden.

Beim reinen Handelsmonopol des Staates werden besondere Vorteile kaum zu erwarten sein. In allen Fällen, wo es möglich ist, so beim Petroleummonopol, ist der Großhandel schon so stark konzentriert, daß nur geringe Ersparnisse durch bessere Organisation gemacht werden können. Der bürokratische Betrieb dürfte die Sache eher verteuern. Will der Staat finanziellen Nutzen aus dem Monopol ziehen, so wird er das nur durch eine Verteuerung der Ware erreichen können. Wird das aber nicht bei jeder Verstaatlichung so sein? Sehen wir uns praktisch die Methode einer Verstaatlichung an.

Vorzüglich drängen die Staatsmonopolisten auf die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Dieser kommt auch zuerst dafür in Frage. Die Produktion ist ihrem Umfang nach für einen bürokratischen Betrieb geeignet, sie ist wenig differenziert, das Kohlenyndikat hat Produktion und Handel schon stark monopolistisch organisiert. Eine sozialistische Gesellschaft würde den ganzen Betrieb ohne allzu große Schwierigkeiten übernehmen können. Wir haben es jetzt aber mit der Regierung eines kapitalistischen Staates zu tun, die natürlich ihren Charakter nicht verlagern kann. Die größte Schwierigkeit bildet für sie die Frage der Ablösung. Die Kohlenkapitalisten haben ihr verbrieftes Anrecht auf die Ausbeutung der Kohlenarbeiter und Konsumenten. Dafür wollen sie entschädigt sein. Hue denkt sich die Ablösung so, daß die Grubenbesitzer erjezt erhalten, was sie in die technischen Anlagen hineingesteckt haben. Das ergibt schon eine Menge Schwierigkeiten; es fragt sich, wie weit diese Anlagen bereits verschliffen und durch Gewinne in die

Hände der Kapitalisten zurückgegangen sind. Außerdem wird die enge Betriebsvereinigung mit Gasanlagen, Kainanlagen, Transporteinrichtungen, Hüttenbetrieben usw. kaum eine Grenze für die Verstaatlichung und die Berechnung der Anlagekosten aufzeigen. Vor allem aber widerspricht diese Art der Ablösung dem kapitalistischen Besitzcharakter. Gerade der im Kohlenbergbau vorherrschende Aktienbesitz zeigt, daß es sich für den Kapitalisten nicht um den Besitz von wirklichen Sachgütern handelt, sondern um die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Es ist vom kapitalistischen Standpunkt ein Unsinn, für eine wenig ertragreiche Grube, die hohe Anlagekosten erfordert, eine höhere Entschädigung zu zahlen, als für eine rechte Fundgrube, die in geringer Tiefe bequem erreichbare mächtige Flöze hat und deshalb Riesengewinne abwirft. Ebenso falsch aber wäre eine Entschädigung auf Grund des Kohlenvorrates der Besitzer der Grubenfelder, mit der sich der Berggrat Gothein* eingehend beschäftigt. Er rechnet bei einem „mäßigen“ Satz eine Entschädigung von etwa 16,5 Milliarden Mark heraus, wobei die Betriebsanlagen noch nicht berechnet sind. Die ganze Berechnung beruht aber auf einer juristischen Fiktion und nicht der Erkenntnis der ökonomischen Wirklichkeit. Durch das Verleihungsrecht und den Feldbesitz hat der Kohlenkapitalist zwar das Besitzrecht auf die Kohle im Erdbinneren und in der kapitalistischen Gesellschaft muß sich jeder Besitz in barer Münze ausdrücken lassen. Aber jede Preisbestimmung ist völlig willkürlich, weil die einst gehobene Kohle überhaupt keinen Wert hat, sie hat noch keine menschliche Arbeit aufgenommen. Und wenn Gothein darauf hinweist, daß oberschlesische Magnaten für noch unverritzte Kohlenfelder 2 Mark für den Quadratmeter verlangt haben, wonach die Ablösung 28 Milliarden ausmachen müßte, so mag das vielleicht der Verwertungsmöglichkeit des Kohlenkapitals entsprechen, aber irgend ein Wert ist damit der lagernden Kohle durchaus nicht zugesprochen. Darum ist auch die Bewunderung Gotheins ganz überflüssig, mit der er z. B. das Folgende konstatiert:

„So ergab die größte reine Steinkohlenaktiengesellschaft, Harpener Bergbau bei einem Kurs von 173 Ende Dezember 1913 und 11 Prozent Dividende eine Verzinsung von 6,34 Prozent, rechnet man als Normalverzinsung eines Industripapiers 6 Prozent, so bewertete die Börse den enormen Fundus von Grubenfeldern, über den die Gesellschaft verfügt (171,2 Millionen Quadratmeter), überhaupt kaum. Unter Einrechnung von Obligationen und Hypothekenschulden bewertete sie das ganze Unternehmen mit 183,2 Millionen Mark, so daß sich nach Abzug der Dividende kaum mehr als 1 Mark für den Quadratmeter Grubenfeld einschließlich der enormen Bergwerksanlagen, Koksöfen usw. ergab. Bringt man die letzteren in Abzug, so dürfte sich der Quadratmeter Grubenfeld kaum mit 60 Pfennig berechnen; und auf die Tonne anstehender baumwürdiger Kohle dürfte noch nicht ein Betrag von 3 Pfennig entfallen.“

Der ganze zweite Teil der Auseinandersetzung ist hinfällig. Die Börse bewertet die Aktien, nicht das Unternehmen. Sie berücksichtigt den Kohlengehalt nur insofern, als er eine dauernde Verwertung des Kapitals sichert.

Der einzig rationelle Weg ist die Ablösung des Grubenkapitals durch Ankauf der Aktien. Damit allein erhält man einen wirklich faßbaren Wert, den tatsächlichen Wert, den das Kapital in unserer Gesellschaft hat und

* Georg Gothein: Reichsbergbaumonopol? Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1916.

der in der Verwertung des Kapitals begründet ist. Aus rein praktischen Erwägungen kommt auch Gothein zu diesem Schluß. Praktisch ließe sich der Ankauf so durchführen, daß ein bestimmter Kursstand eines Tages gesetzlich als Preisgrundlage festgesetzt wird, wodurch Kurstreibereien verhindert oder wenigstens eingeschränkt werden könnten. Der schlesische Magnatenbesitz müßte dann entsprechend bewertet werden. Damit würde sich aber ein kaum geringerer Preis als die oben genannten 16,5 Milliarden ergeben, wenn das Harpener Beispiel allgemein gültig sein sollte. Wahrscheinlich ließen sich dann auch die übrigen Betriebe der gemischten Werke, Hütten usw. nicht ausschalten. Die ungeheure Summe könnte nur durch neue Anleihen aufgebracht werden, wodurch sich die Aktienbesitzer in Staatsrentner verwandeln würden. Sie würden noch ihre alten Profite einziehen nur in anderer Form. Selbst wenn man alles ausschiedet, was die Lösung des Problems kurz nach dem Kriege noch erschweren dürfte, so würde sich ergeben, daß das Reich zunächst erst einmal die alten Profite für die Anleihegläubiger herausarbeiten müßte, daß die Uebernahme der Werke an sich ihm aber noch garnichts einbringt.

Der Zweck der Uebung ist aber doch nicht, daß das Reich die Last der Verwaltung übernimmt, sondern es will und muß große Gewinne herauswirtschaften. Das kann es nur durch überaus starke Preissteigerungen. Also bedeutet das Reichskohlenmonopol nur eine ungeheure Verschärfung der Politik der indirekten Steuern.

Nun wird man einwenden, solch hohe Entschädigungen seien doch garnicht nötig, auch durchaus nicht gerechtfertigt. Die Kapitalisten könnten ganz ruhig einige Milliarden auf dem Altar des Vaterlandes opfern, denn sie haben im Laufe der Zeit ungeheure Gewinne gezogen. Haben sie aber die Aktien zu Spekulationspreisen gekauft, gut, so sollen sie sich verpekuliert haben. Aus diesen Gedankengängen spricht eine sehr anerkanntswerte Moral, aber keine wirtschaftliche Kenntnis. Die kapitalistische Wirtschaft ist in sich so eng verflocht, daß nur die Einfalt glauben kann, der Verlust treffe allein die betreffenden Kapitalisten. Jeder Druck, jeder Schlag pflanzt sich mit unverminderter Kraft fort. Eine solche Schädigung einer Gruppe von Großkapitalisten um Milliarden bedeutet eine wirtschaftliche Katastrophe. In einer Zeit, wo die ganze Wirtschaft überempfindlich ist, wie sie nach dem Kriege sein wird, kann man solche Forderungen und auch die der Kassierung der Reichsanleihen nur von denen gestellt werden, der den Zusammenbruch dieses Systems wünscht oder in Kauf nehmen will. Nun wird man Herrn Hue solches gewiß nicht glauben, aber er könnte es behaupten, um folgende Sätze zu rechtfertigen:

„Verlangt das Reich, daß zu seiner Erhaltung seine Söhne sogar ihr Leben und ihre Gesundheit hingeben, so muß es erst recht verlangen, daß ihm die nationalen Bodenschätze für die notwendig gewordene Gemeinbewirtschaftung ohne Entschädigung für die den privatkapitalistischen Unternehmern winkenden Zukunftsgewinne zur Verfügung gestellt werden. Dieser Gedanke muß in das Volksbewußtsein systematisch hineingehämmert werden.“ (Ueber bergbauliche Monopole. Korrespondenzblatt Nr. 20. 1917.

Ähnliche Gedankengänge, stark moralisch durchäuert,

bringt Hue vielfach in seinen Veröffentlichungen über die Monopolfrage, so in einem Aufsatz: „Das Hibernagebiet in der „Solinger Arbeiterzeitung“ (24. Oktober 1916). Aber in welcher Welt, in welchem Reiche lebt denn Herr Hue? Es ist noch immer die kapitalistische Welt und das deutsche Reich ist ein kapitalistischer Staat. Das Reich wird zu seiner eigenen Stärkung nach dem Kriege energisch zugreifen, aber es wird seine eigene Grundlage nicht antasten, die kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Warum sehen das aber die Sozialpatrioten nicht? Weil sie sich selbst in die Zwangsjacke der kapitalistischen Gedankenwelt gesteckt haben, weil sie notwendig den Steuerhunger des Reiches stillen müssen und dabei ihren sozialen Gefühlen kein Leid antun möchten. Das schließt ihnen die Augen vor den Konsequenzen ihrer Forderungen. Ihre Propaganda für Staatsmonopole ist eine Propaganda für die gefährlichsten indirekten Steuern, deren wahrer Charakter unter doppeltem Schleier verborgen liegt. Weit entfernt, durch die Monopole des Reiches die Entwicklung zum Sozialismus zu fördern, fördern sie gerade eine reaktionäre Steuerpolitik.

Der Pazifismus im Dienste des Imperialismus.

Von Leo Trozky, Petrograd.

Noch krasser zeigte sich der kleinbürgerliche Pazifismus in seiner Rolle des Dieners des Imperialismus in den Vereinigten Staaten. Die wirkliche Politik machen da, noch mehr als irgendwo anders die Banken und die Trusts. Noch vor dem Kriege bewegten sich die Vereinigten Staaten, dank der ungeheuren Entwicklung der Industrie und des Exports, systematisch in der Richtung der Weltinteressen und des Imperialismus. Der europäische Krieg gab dieser imperialistischen Entwicklung ein fieberhaftes Tempo. In einem Augenblick, wo viele gottselige Menschen (sogar Kautsky!) hofften, daß die „Schrecken“ der europäischen Schlächtereie, die amerikanische Bourgeoisie mit Abscheu gegen den Militarismus erfüllen würden, ging der wirkliche Einfluß der europäischen Geschehnisse nicht auf psychologischen, sondern auf materiellen Wegen und führte zu vollkommen entgegengesetzten Resultaten. Der Export der Vereinigten Staaten, der 1913 die Summe von 2466 Millionen Dollar erreichte, stieg 1916 auf eine wahnwitzige Höhe von 5481 Milliarden. Der Löwenanteil dieses Exportes fiel selbstverständlich der Kriegsindustrie zu. Ein plötzliches Aufhören des Exports nach den Ententeländern, mit dem der unbeschränkte Unterseebohrkrieg drohte*, das bezeichnete nicht nur ein Verfliegen der riesigen Profite, sondern bedrohte die gesamte amerikanische Industrie die auf Kriegslieferung eingestellt wurde, mit einer schweren Krise.

So wandte sich das Kapital an den Staat: „Du hast unter dem Banner des Pazifismus die Entwicklung der Kriegsindustrie begünstigt; du bist verpflichtet uns jetzt die Abnahmlichkeiten zu verschaffen.“ Wenn der Staat nicht im Stande ist gleich die „Freiheit der Meere“ (d. h. die Freiheit aus dem europäischen Blute Kapital

* Die Entente hat 1915 für 3,5 Milliarden Dollars amerikanische Waren importiert. Nach Deutschland und Österreich-Ungarn wurde für kaum 1,5 Millionen exportiert. In diesen Ziffern liegt der Schlüssel zur Verteilung der „Sympathie“ in Amerika.

herauszuschlagen) zu versprechen, so kann er einen neuen Absatzmarkt für die bedrängte Kriegsindustrie eröffnen: in Amerika selbst. Auf diese Weise führte die Bedienung der europäischen Schlächtereien zu einer plötzlichen, zu einer katastrophalen Militarisierung der Vereinigten Staaten.

Diese Arbeit mußte auf die Opposition der breiten Volksmassen stoßen. Diese formlose Unzufriedenheit zu überwinden, sie in ein patriotisches Mitwirken zu verwandeln, war die allerwichtigste innerpolitische Aufgabe der Politik der Vereinigten Staaten. Das war eben die Ironie des Schicksals, daß der offizielle Pazifismus Wilsons, wie der oppositionelle Pazifismus Bryans die wichtigsten Mittel zur Lösung dieser Aufgabe: der militärischen Zählung der Masse, waren.

Bryan beehrte sich einen lärmenden Ausdruck dem natürlichen Abscheu der Farmer und aller „kleinen Leute“ gegen Imperialismus, Militarismus und Steuererhöhung zu geben. Aber gleichzeitig mit der Absendung ganzer Waggonen von Petitionen und Deputationen an seinen pazifistischen Kollegen, der an der Spitze des Staates stand, bemühte sich Bryan nach allen Kräften die revolutionäre Spitze dieser Bewegung abzubrechen. „Wenn aber die Sache bis zum Kriege kommt — telegraphierte Bryan, dem Meeting gegen den Krieg, das im Februar in Chicago stattfand — so werden wir selbstverständlich die Regierung unterstützen; aber bis zu diesem Moment ist es unsere heiligste Pflicht alles zu tun was in unseren Kräften liegt, um das Volk von dem Schrecken des Krieges zu schützen.“

In diesen paar Worten steckt das ganze Programm des kleinbürgerlichen Pazifismus: „alles, was in unseren Kräften liegt gegen den Krieg zu tun“, heißt ein Ventil der Volksentzündung in Form von harmlosen Manifestationen zu öffnen, indem man vorher der Regierung die Garantie bietet, daß, falls es zum Kriege kommt, der Krieg auf keinen Widerstand der pazifistischen Opposition stoßen wird.

Das ist auch alles, was der offizielle Pazifismus verlangt, der in der Person Wilsons dem kriegsführenden Kapital schon genügend Beweise seiner „Kampffähigkeit“ geliefert hat. Auf Grund der Erklärung des Herrn Bryan selbst, genügte es, um eine lärmende Opposition gegen den Krieg brachzuliegen, nur eins zu tun: den Krieg zu erklären. Was Herr Wilson auch tat und Herr Bryan beehrte sich, auf die Seite der Regierung überzugehen. Und das Kleinbürgertum und nicht nur dieses allein, auch die breitesten Arbeitermassen sagen sich: Wenn unsere Regierung mit einem so weltbekanntem Pazifisten wie Wilson den Krieg erklärt und wenn Bryan selbst die Regierung in der Kriegsfrage unterstützt, dann ist das sicher ein christlicher und notwendiger Krieg. Das erklärt uns, weswegen dieser frömmelisch-quäkerische Pazifismus der Regierungsdemagogen auf der Börse der Finanzen und der Kriegsindustrie so hoch notiert wird.

Unser menschenwütisch-sozial-revolutionäre Pazifismus bei aller äußeren Verschiedenheit der Bedingungen, spielt seinem Wesen nach genau dieselbe Rolle. Die Resolution über den Krieg, die von der Mehrheit des Allrussischen Kongresses aller Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte angenommen wurde, geht nicht nur von der allgemeinen pazifistischen Beurteilung des Krieges, sondern auch von seiner Charakteristik als eines imperialistischen Krieges

aus. Den Kampf für die schnelle Beendigung des Krieges erklärt der Kongress als die erste und wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie. Aber alle diese Voraussetzungen sind nur zu einem einzigen Zwecke mobilisiert: „solange aber die internationalen Anstrengungen der Demokratie dem Kriege noch kein Ende bereitet haben, solange muß die russische revolutionäre Demokratie nach allen Kräften die Kampffähigkeit der russischen Armee zur Defensiv- und zur Offensiv-Förderung.“

Die Revision der alten internationalen Verträge macht der Kongress abhängig vom freiwilligen Einverständnis der Entente-Diplomatie, die doch ihrem Wesen nach den imperialistischen Charakter des Krieges nicht liquidieren kann und nicht liquidieren will. Die internationalen Anstrengungen der Demokratie macht der Kongress, wie seine Führer, von dem Willen der Sozialpatrioten abhängig, die doch mit ihren imperialistischen Regierungen verbunden und verkettet sind. Indem sie also in der Frage der schnellsten Beendigung des Krieges sich freiwillig in eine Sackgasse ohne Ausgang hineintreibt, kommt dieselbe Mehrheit des Kongresses in der Frage der praktischen Politik zu einem ganz bestimmten Schlusse: zur Offensiv-Sozialpatrioten sammelt und es zur Unterstützung der Offensiv-Brigade bringt, wird selbstverständlich heiß begrüßt nicht nur von dem russischen, aber auch von dem Entente-imperialismus.

Miljukow sagt: Im Namen der Treue zu den Alliierten und den alten (imperialistischen) Verträgen ist die Offensiv-Sozialpatrioten unentbehrlich.

Kerenski und Teretelli sagen: Obwohl die alten Verträge noch nicht revidiert sind, ist die Offensiv-Sozialpatrioten unentbehrlich.

Die Argumente sind verschieden, aber die Politik ist dieselbe. Und es kann auch nicht anders sein, denn Kerenski und Teretelli sind unzerbrechlich in der Regierung mit der Partei Miljukows verbunden. Faktisch also steht der sozialpatriotische Pazifismus der Dan, wie der quäkerische Pazifismus Bryans im Dienste des Imperialismus.

Aus diesem Grunde besteht die wichtigste Aufgabe der russischen Diplomatie nicht darin, die Entente-Diplomatie zu nötigen, irgend etwas zu revidieren, von irgend etwas sich loszusprechen, sondern sich zu überzeugen, daß die russische Revolution vollständig zuverlässig und — kreditfähig ist. Der russische Gesandte Bachmetiew hat auch in seiner Rede im Kongress der Vereinigten Staaten am 10. Juni, eben unter diesem Gesichtspunkte die Tätigkeit der Provisorischen Regierung charakterisiert. Alle diese Begebnisse, sagte der Gesandte, zeigen uns, daß die Macht und Bedeutung der Provisorischen Regierung mit jedem Tage wachsen und je weiter, desto mehr die Regierung fähig wird, allen den Elementen der Zerkümmung, die von der Reaktion oder von der extrem-linken Agitation kommen, den Garau zu machen. Die Provisorische Regierung beschloß jetzt, alle Mittel in dieser Richtung zu ergreifen und wenn nötig, zur Gewalt zu greifen, obwohl sie immer die friedliche Lösung der Fragen anstrebt.

Man soll keinen Augenblick zweifeln, daß die „nationale Ehre“ unserer Sozialpatrioten vollkommen ruhig blieb, als der Gesandte der revolutionären Demokratie

der amerikanischen Plutokratie eifrig bewies, daß die russische Regierung bereit ist, das Blut der russischen Proletarier zu vergießen im Namen der „Ordnung“, deren wichtigster Bestandteil die Treue an die Entente-kapitalisten ist.

Und in den Stunden, wo Herr Bachmetiew mit dem Hut in der Hand und der demütigen Rede auf den Lippen vor den Hyänen der amerikanischen Börse stand, setzten die Herren Teretelli und Kerenski der revolutionären Demokratie auseinander, daß es unmöglich sei, ohne Gewalt gegen die „Anarchie von links“ anzukämpfen, und drohte mit der Entwaffnung der Petrograder Arbeiter und der mit ihnen verbundenen Regimenter. Wir sehen, daß diese Drohungen im richtigen Moment kamen: sie waren die besten Fürsprecher für die russische Anleihe auf der amerikanischen Börse.

„Sie hören es doch, kann Herr Bachmetiew dem Herrn Wilson sagen — unser revolutionärer Pazifismus ist nicht um einen Deut anders, als euer Börsenpazifismus und wenn Sie Herrn Bryan glauben, weswegen sollen sie denn dem Herrn Teretelli nicht trauen.“

Jetzt noch die letzte Frage: Wie viel russisches Kanonenfutter und russisches Blut auf der äußeren und auf der inneren Front ist nötig, um die russische Anleihe zu sichern, die ihrerseits unsere weitere Treue an die Entente sichern wird?

Zum Komplott gegen die Bolschewiki.

Eine Erklärung Lenins, Sinowjews und Kamenevs.

Gestatten Sie, Genossen, daß wir Sie um Gastfreundschaft bitten, da infolge aufgedrungener Verhinderung das Organ unserer Partei nicht erscheint. Zeitungen bestimmten Genres haben eine wahnwitzige Hege gegen uns angefangen und beschuldigen uns der Spionage und der Beziehungen zu allen möglichen Regierungen.

Mit was für verbrecherischen . . . Leichtsin — es ist kein passendes, viel zu schwaches Wort — diese Hege geführt wird, zeigen folgende einfache Tatsachen. Die Zeitung „Schymoje Slowo“ erklärte erst, Lenin sei ein Spion und dann mit der unschuldigsten Miene in einer „Verbesserung“ meinte die Zeitung, nein, Lenin wird nicht der Spionage beschuldigt. Erst publiziert man die Angaben eines Ermelenko, dann ist man genötigt zuzugeben, daß es einfach unpassend und unanständig ist, in solchen Angaben eines solchen Mannes Beweis zu sehen. Man schleppt den Namen Parvus her, aber man verschweigt schamhaft, daß niemand energischer, schärfer Parvus beurteilt, als wir es in dem von uns redigierten „Sozialdemokrat“ noch im Jahre 1915 getan haben, in dem Artikel „An der Grenze“, Parvus gebrandmarkt haben. Jeder, der lesen kann, weiß es, oder kann es mit Leichtigkeit erfahren, daß von irgend welchen unseren politischen oder anderen Beziehungen zu Parvus absolut keine Rede sein kann.

Bei den Ohren zieht man irgend eine Samenpflanze bei, mit der wir nicht nur nichts zu tun gehabt haben, sondern die wir im Leben auch nicht einmal gesehen haben. Man verwickelt uns in irgend welche Handelsgeschäfte Hanedkis und Kozlowskis, ohne auch nur eine einzige Tatsache anzugeben, wo, wann, wie die Handelsgeschäfte die Spionage verdeckten. Und wir selbst haben

nicht nur niemals weder direkt noch indirekt etwas mit Handel zu tun gehabt, sondern wir haben auch keinen einzigen Pfennig von den oben genannten Genossen weder für uns persönlich, noch für die Partei bekommen. Man geht so weit, daß man uns Vorwürfe daraus macht, daß die deutschen Zeitungen die Telegramme der „Prawda“ entstellten veröffentlicht, dabei erwähnt man mit keinem Worte, daß die „Prawda“ ein ausländisches Bulletin erscheinen läßt, das in deutscher und französischer Sprache herausgegeben wird, und daß der Nachdruck aus diesem Bulletin jedem frei steht.

Das alles geschieht unter der Mitwirkung oder auf Initiative eines Alexinskis, den man in den Arbeiter-Delegiertenrat nicht hineinließ, den man, mit anderen Worten, als böswilligen Verleumder kennt.

Ist denn das mißzuverstehen, daß dieser Weg der Weg eines Justizmordes ist?

Die Erörterung in der Zentralkomitee aller Räte der Bedingungen einer Gerichtsverhandlung gegen Mitglieder der Zentralkomitee, bringt unstreitbar ein Element der Ordnung in die ganze Affäre. Werden die Parteien der Menschewiki und der Sozialisten-Revolutionäre es auf sich nehmen, Beihilfe zu leisten zu einem Justizmord? Uns vor ein Gericht zu stellen, ohne zu sagen, wessen man uns beschuldigt — der Spionage, oder der Rebellion? Ueberhaupt vor ein Gericht zu stellen, ohne bestimmter juristischer Qualifikation des Verbrechens? In einem offensichtlich tendenziösen Prozeß, der den Zweck hat die Kandidatur vor die konstituierende Versammlung von Männern zu verhindern, von denen man mit Bestimmtheit weiß, daß sie von ihren Parteien als Kandidaten aufgestellt werden? Werden diese Parteien den Vorabend der Einberufung der konstituierenden Versammlung als den Anfang einer Drenjussjade auf dem russischen Boden gestalten wollen?

Die nächste Zukunft wird die Antwort auf diese Fragen geben. Die offene Aufstellung dieser Fragen betrachten wir als die Pflicht einer freien Presse.

Wir sprechen nicht von der bürgerlichen Presse. Selbstverständlich glauben die Herren Miljukow ebenso wenig, daß wir Spione sind oder deutsches Geld genommen haben, wie es die Herren Markow und Samjensowsky geglaubt haben, daß die Juden Kinderblut trinken.

Aber Miljukows u. Co. wissen gut, was sie tun. N. Lenin. G. Sinowjew. I. Kamenev.

Obige Erklärung wurde am 24. Juli in der „Ziemska i Wola“ dem Petrograder Organ des internationalistischen Teils der Sozialisten-Revolutionäre und der „Nowaja Schysn“, dem Organ Gorkis, veröffentlicht.

Die Heiden der Ordnung.

Die „Nowaja Schysn“, das Organ Gorkis, bringt folgenden Artikel:

„Daß die Führer der Bolschewiki deutsche Agenten sind, ist ein Axiom für die bürgerliche Presse. Jeden Tag lesen wir über „Neue Dokumente gegen Lenin“, die die „Konterespionage“ (Konterraswiedka) gefunden hat. Jede Hausdurchsuchung und Verhaftung in den Lokalen der sozialistischen Organisationen wird in Zusammenhang mit der Wachsamkeit der Konterespionage gebracht. Jedes Feindes-Papier ist jedesmal „von besonderer Wichtigkeit“ und jemanden „besonders belastend“. Und jeder Mensch,

der die bürgerliche Presse liest, bekommt eine unerschütterlich sichere Meinung, von der Wachsamkeit der Konterraswidka, die zeitig genug die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen der Sozialisten angeordnet hat.

Und siehe da, plötzlich am 27. Juli wird in dem offiziellen Organ der Sowjet, in den „Iswiestias“, mitgeteilt, daß die Konterespionage mit dem Dekret über die Verhaftung Lenins und der anderen Genossen nichts gemeinsam hat und daß auf ihr Befehl nur vier Menschen verhaftet worden sind (Kozlowski, Sumensen, Sperber und Unscheld), und es stellt sich heraus, daß Lenin gar nicht der Beziehungen zu Deutschland beschuldigt wird, wie es doch so sicher und bestimmt die bürgerliche Presse feststellte, sondern die Mitwirkung bei den Ereignissen am 16. und 17. Juli. Die Konterespionage erklärt auch, Kollontaj sei nicht auf ihr Geheiß arretiert worden. Sie lehnt auf das bestimmteste die Verantwortung auch für alle anderen Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, die so sorglos vorgenommen worden sind, von sich ab. Die Verantwortung für die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen schiebt die Konterespionage dem Petrograder Militärstab zu.

Versuchen wir diese Spuren zu folgen. Vorerst stoßen wir auf die berühmte Szene mit dem General Polowceff, der, als nach der Vernichtung der Arbeiterorganisationen die Frage an ihm gerichtet worden ist, „seine volle Ueberraschung“ ausdrückte und erklärte, daß er „keine Ahnung von der Sache habe“. Der Adjutant des Generals erklärte nach einigen unzusammenhängenden Phrasen, klipp und klar, daß kein Befehl und keine Abkommandierung zu Hausdurchsuchungen vom Generalstab angeordnet wurden.

Die Konterespionage wälzt die Schuld auf den Stab ab, der Stab erklärt: „Ich bin nicht ich und das Pferd gehört auch nicht mir“.

Allerdings fand sich nach energischen Recherchen in dem roten Hause des Stabs die Quelle der Macht, die über die Freiheit der Petrograder Bürger verfügt. Das war ein gewisser Ingenieur Parschyn. Er gab den Befehl zu Hausdurchsuchungen, aber die Personen die den Befehl bekommen haben, waren „fortgerissen und haben andere fortgerissen“ und veranstalten Hausdurchsuchungen auch ohne Befehl.

Derselbe Herr Parschyn führte die Entwaffnung in Sestrorjeck persönlich durch. Und noch eine Quelle der eigenmächtigen Hausdurchsuchungen wurde entdeckt. Das war der Vorsitzende der Organisation der Invaliden, ein gewisser Lanin, der unlängst aus der Organisation als unverbesserlicher Trunkenbold ausgeschlossen wurde.

Wir wissen nicht, ob er vollkommen nüchtern war, in den Tagen vom 16. bis 20. Juli, er war allerdings der verantwortliche Bevollmächtigte des Generals Polowceff.

Auf diesem Wege wurde in dem revolutionären Rußland der Kampf gegen die „Anarchie von links“ geführt. Der bewaffnete Aufstand wurde nach Erklärungen des Mitgliedes der Exekutive Wojczynski von zweifelhaften Organisationen hervorgerufen. Das Justizministerium schleuderte die Bombe von der von niemanden beglaubigten Nachricht von der Spionage. Unverantwortliche Persönlichkeiten aus dem Generalstab verordneten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen.

Und jetzt, als man das Geschehene feststellen soll —

beeilt sich jeder die Verantwortung auf den anderen zu schieben und es heißt: „ich bin nicht ich“.

Die sorgfältige Untersuchung der Ereignisse der Justiztage wird uns noch viele Ueberraschungen bringen — die sehr unangenehm für alle Mitarbeiter des Ingenieur Parschyns, für die, die höher und für die unter ihm stehenden, werden wird.

Der Landesverrat der Bolschewiki.

In den russischen Zeitungen vom 4. August veröffentlicht der Petrograder Staatsanwalt eine 4 Spalten lange Erklärung an die Presse, die auf Grund der Voruntersuchung die Voranklage gegen das Zentralkomitee der Bolschewiki und insbesondere den Genossen Lenin, Zinowjew, Kollontaj, den Leutnant Siemaszko, Sacharoff und Mischman Kaskolnikoff die Anklage erhebt, daß sie für den 16. bis 18. Juli im Interesse und auf Geheiß der deutschen Regierung einen Aufstand in Petrograd organisiert haben. Die Direktiven sind von der deutschen Regierung und Geldmittel haben ihnen Dr. Halphand-Parvus und der Genosse J. Fürstenberg-Hanecki geliefert. Die Prokuristin Frau Sumenson war Vermittlerin.

Hierzu schreibt die Stockholmer Korrespondenz „Prawda“:

Der Staatsanwalt erklärt in seinem „Dokument“, daß das Verhör vieler Zeugen, die Untersuchung vieler sachlicher Beweise, die detaillierte Aufklärung der Geldoperation, daß diese ganze komplizierte Arbeit der Zukunft noch ein reiches Material zur Enthüllung der verbrecherischen Organisation der Spionage und ihrer Teilnehmer liefern wird. Damit ist offen zugegeben, daß die Staatsanwaltschaft nichtabgeschlossene Akte der Voruntersuchung der Öffentlichkeit mitteilt, um sie gegen die bolschewikische Partei aufzuputtschen.

Das Justizministerium Jesremoff führt die verbrecherische Politik des Justizministeriums Peremereff weiter, dessen Beamten in einer öffentlichen Erklärung vom 22. Juli, ihre ersten Veröffentlichungen der Spitzelberichte gegen die Bolschewiki damit begründeten, daß sie im kritischen Moment „für Land und Freiheit“, d. h. wo die Demonstrationen in den Straßen Petrograds die Spitzelgehälter und andere heilige Gehälter bedrohten, diese Beweise benutzten, um dem Volke die wirkliche Grundlage der sich entwickelnden Ereignisse zu zeigen. Diesen Gebrauch der prostituierten russischen Justiz, nicht mehr Werkzeug des politischen Kampfes, sondern Handwerkszeug des Bürgerkrieges, setzt also das Justizministerium Jesremoffs fort und wir wollen sehen, was der Protest des Zentralkomitees der Sowjets gegen diese, wie es schrieb, „direkte Verletzung des Gesetzes und furchtbare Zeichen dafür, daß das neue Gericht die schlimmsten Sitten des alten Stscheglowitowschen Gerichts übernommen hat, nützen wird bei dem neuen Justizminister, dem Herrn Zarudny, dem als dritten Rechtsverweiser die Unehre zufällt, die Machenschaften der neu-russischen Altpitzel mit seinem Namen zu decken. Herr Zarudny war Verteidiger im Ritualmordprozeß von Belys. Wir wollen abwarten, ob Herr Zarudny die ihm aus diesem Prozesse bekannten Methoden der Fingierung eines Ritualmordes auf die bolschewikische Partei anwenden lassen wird.

Einstweilen bringen wir hier öffentlich zur Kenntnis des Herrn Zarudny, daß wir Beweise dafür besitzen, daß

sein Justizministerium mit dem Petrograder Staatsanwalt an der Spitze alle Künste des Staatsanwalts des Belysprozesses angewendet. Die Verhaftung der Genossin Kollontaj erfolgte, obwohl Genossin Kollontaj während der Petrograder Vorfälle in Petrograd abwesend war, den Auftrag also nicht anzetteln konnte, obwohl sie niemals einer Zentralinstanz der bolschewikischen Partei angehörte.

Sie wurde verhaftet nur aus einem einzigen Grunde: sie war in Stockholm, als die Nachricht von den Anklagen gegen die Bolschewiki aus Rußland kam und die ausländische Vertretung der Bolschewiki ihre erste Erklärung: Das Komplott gegen die russischen revolutionären Sozialdemokraten, am 22. Juli veröffentlichte. Die Spitzel und Berichtsmänner von Petrograd nahmen an, daß die Genossin Kollontaj Mitteilungen von unserem, dem bolschewikischen Zentralkomitee überbringt, die der Organisierung der Verteidigung, der Demaskierung des Spiels der russischen Regierung dienen konnten. Deswegen und nur deswegen wurde die Genossin Kollontaj verhaftet.

Wenn der Staatsanwalt Karpinsky behauptet, Lenin sei, als er in Oesterreich verhaftet wurde, auf verdächtige Intervention Haneckis direkt durch den Grafen Stürgh befreit worden, wenn er behauptet, daß Zeugen bewiesen haben, Lenin sei aus der Schweiz oft nach Deutschland gefahren, wo er in dem Kriegsgefangenenlager antirussische Agitation führte, wenn er weiter die schändliche Fabel von den deutschen Geldern, die Lenin durch eine Bank bekam, wiederholt, so kann es für den Herrn Justizminister Zarudny keinen Augenblick unklar sein, daß sein untergebener Staatsanwalt Karpinsky ein eben solches Ritualverbrechen zusammengedichtet, wie sein Kollege Czaplinsky es im Belysprozeß tat. Denn Herr Zarudny weiß aus dem Prozesse, daß Lenin auf Intervention Viktor Adlers befreit wurde, und Herr Zarudny weiß, daß Lenin in Bern und Zürich unter den Augen der ganzen russischen Emigration lebte und keinen Schritt tat, der nicht allen bekannt war, und Herr Zarudny kennt die deutsche Broschüre Lenins und Zinowjews über den Krieg, in der der deutsche Imperialismus nicht anders als der russische behandelt wird, und schließlich kennt Herr Zarudny die in den russischen Zeitungen abgedruckte Erklärung der Nyabanken, daß sie keinen Groschen von Hanecki nach Petrograd transportiert hat.

Wollte der Staatsanwalt diese Erklärung entkräften, so mußte er erklären, wer sonst das Geld nach Petrograd gesandt hat, oder welche andere Bank es getan hat. In allen entscheidenden Stellen gebraucht aber der Staatsanwalt allgemeine, unkonkrete Wendungen, um zu verhüten, daß wir den Schwindel entlarven. Nun, das wird uns nicht verhindern der Arbeiterinternationale in nächster Zeit, sobald das von uns schon publizierte Material abgeschlossen vorliegen wird, alle Dokumente über den Versuch des Justizmordes der russischen Provisorischen Regierung der ganzen Welt zu enthüllen, denn die russischen Behörden lassen unser Material in Rußland nicht zu, da sie unsere Telegramme unterschlagen.

Zum Schluß nur noch zwei Worte. Für den Charakter des Landesverratsprozesses gegen unsere Partei ist nichts bezeichnender, als die gleichzeitige Erledigung der Affäre des Ministers Viktor Tschernoff. Die-

selben Spitzel, die Lenin und Genossen des Verrats anklagen, haben gegen Tschernoff die Anklage erhoben, daß seine Partei, die Sozial-Revolutionäre in der Schweiz, ein Blatt für die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland herausgegeben hat, daß an der Herausgabe dieses Blattes ein österreichischer Regierungsagent beteiligt war, daß der Versand im Einvernehmen mit dem deutschen Konsulat in Genf und seine Verbreitung mit Zustimmung der deutschen Regierung erfolgte. Herr Tschernoff soll in diesem Blatt Artikel geschrieben haben, die sich gegen Rußland wandten. Die ganze Organisation der Sache hat in den Händen des Veterans der „Narodnaja Wolja“, des greisen Führers der Sozial-Revolutionäre, Marc Natanson (Bobroff), gelegen.

Diese Anklagen wurden erhoben, um Tschernoff, den Mitunterzeichner des Zimmerwald-Manifestes und des Vertreters der radikalen Agrarreform aus der Regierung zu drängen. Tschernoff trat aus der Regierung aus, um sich vor Gericht zu reinigen, war er doch desselben Verbrechens beschuldigt, wie Lenin. Und Zeretelli feierte in der Sitzung des Zentralkomitees der Sowjets die römische Tugend Tschernoffs und stellte ihn als Beispiel zur Nachahmung dem Genossen Lenin gegenüber. Nun, es vergingen nicht drei Tage, als es durch Verhandlungen Kerenski gelang die Kadetten zu überreden, in die Regierung einzutreten und auf die Forderung des Fallens Tschernoffs zu verzichten, weil das Ausscheiden Tschernoffs die Bauern aufregen würde. Sofort stellten die Spitzel Herrn Tschernoff ein Ehrenzeugnis aus und er verzichtete auf die öffentliche „Reinigung“. Das zeigt, wie sehr im Rechten Lenin und Zinowjew sind, wenn sie sich dieser Justiz, dieser Regierung nicht stellen, sondern konspirativ, wie unter dem Zarismus, um nicht nur das Spiel der Soldknechte der Konterrevolution zu entlarven, sondern zu helfen den Falschspielern das Genick zu brechen.

Das Verhalten Lenins und Zinowjews hat nicht nur das bolschewikische Zentralkomitee, der jetzt tagende bolschewikische Parteikongreß gebilligt, der sie nach einem Petrograder Telegramm zum Ehrenvorsitzenden ernannte, sondern die Sozialpatrioten fanden selbst in dem von ihnen beherrschten Zentralkomitee keine Mehrheit für die Resolution, die das Erscheinen Lenins vor das Gericht forderte. Für diese schamlose Resolution stimmten 77, dagegen 72, während sich 63 der Stimme enthielten. Tschewidje wagte nicht die Resolution als angenommen zu erklären.

Es werden nicht viele Wochen vergehen und die Arrangure des Prozesses gegen die Bolschewiki werden von uns in aller Nacktheit gezeigt werden, und die Internationale wird sehen, daß die Paty du Clam und Esterhazy Waisenkneben waren im Vergleich mit diesen Banditen. Und wir werden Wege finden, um nicht nur der europäischen Öffentlichkeit, sondern auch der russischen die Augen darüber zu öffnen, wer in Rußland die Justiz in den Händen hat und wie er sie vergewaltigt.

Aus unserm politischen Tagebuch.

19. August.
Wie die „Nowaja Schyn“ mitteilt, begann am 5. August an Stelle der unterdrückten „Pravda“ ein neues Tagesorgan der Bolschewiki in Petrograd zu erscheinen, unter dem Titel „Rabotichij i Soldat“, der Arbeiter und Soldat.

Feuilleton

Eine Lektion.

Minister:

Ihr seid mein Mann, noch fand ich nie
Solch ein politisches Genie.
Bielwerter Freund, habt doch die Güte
Und laß mich weiden an der Blüte
Der Staatsweisheit, die ihr gefunden
In so beglückten Forscherstunden.

Mephistopheles:

Das erste also, wie gesagt,
Wird immer sein: Das Volk geplagt!

Minister:

Wenn aber sich das Volk empört?

Mephistopheles:

Nur in zwei Fällen bricht's das Oitter:
Wenn ihr's geplaget allzubitter,
Wenn ihr's zu plagen aufgehört;
Steht auch das nicht im hellsten Lichte,
So seid ihr schwach in der Geschichte.

Minister:

Ich geb' es zu, doch nennet, was
Gibt uns der Plage rechtes Maß?

Mephistopheles:

Ihr Herrscher über Volk und Land,
Das ist der Klugheit rechter Stand:
Berkümmert stets, doch nie zu scharf
Dem Volk den sinnlichen Bedarf
Und lockert so all sein Begehren
Nach dem, was ihr ihm könnt gewähren.
So wird es, nach dem Nächsten greifend,
Niemals weitfichtig, übersehend,
Nach dem gelüsten, frech, verwegend,
Was nicht in eurer Macht gelegen.
Das Volk sich gerne selbst betrügt,
Es ist am Ende hochzufrieden
Und untertäniglich vergnügt,
Wenn ihm des Zwingherrn Huld beschieden,
Was ohne ihn und seine Kette
Das dumme Volk von selber hätte.

Minister:

Der Grundsatz klingt für mich entzückend
Und ist gewiß auch volkbegeckend;
Doch türmen sich ihm allerwegen
Der Feinde gar zu viel' entgegen.

Mephistopheles:

Der schlimmste Feind für euer Wirken
Ist der Gedanke, der da feiert,
Als Vagabund entfesselt steuert
Nach fernem, lustigen Bezirken.
Laßt ihr ihn ziehn vom Heimatstrand
Fort in die weite offene See,
So schleppt er euch zurück ins Land
Das Bild von jener schönen Fee,
Der Freiheit, die auf ferner Insel
Von Geistern wohnt; — das Volk wird toll,
Und: Freiheit! Freiheit! sehnsuchtsvoll
Ruft dann sein Fluchen, sein Gewinnel.

Minister:

Wie fügte sich der ewig schwanke,
Nie fest zu haltende Gedanke?

Mephistopheles:

„Berkümmert stets, doch nie zu scharf
Dem Volk den sinnlichen Bedarf!“
O hattet fest an diese Worte.
Wie Weingeistflamme, der Retorte
Dienstbar, muß Geiziere kochen.
Sollt Menschengestalt ihr unterjochen,
Soll's Feuer eurer Sklavenhöpfe
Den Magen heizen seine Töpfe.
Will niemals von den Nussgeschäften,
Daran ihr müht die Geister heften,
Sich der und jener dispensieren,
Sich ins Ideenreich verlieren,
Will er in Schriften gar den Knechten
Einraunen was von Menschenrechten:
So müht ihr solche Herrscherplagen
In ihrem Keime gleich erschlagen.
Ich rat' euch hier das beste Mittel:
Wie für die Laten einst die alten
Zensoren hielten, sollt ihr halten
Zensoren als Gedankenbüttel.
Ja, so ein Zensor, so ein echter,
Ein unerbittlich scharfer Wächter

Und tapferer Gedankenwürger
Der, leider! erst zum Heil der Bürger
In fernem, schönen Zeiten sproßt,
Das wäre so mein Augenrost!
Einst schlief ich unter grünen Bäumen,
Da ist sein Bild mir klar erschienen
In meinen patriotischen Träumen:
Wie er mit lieben Forschermienen
Gedanken greift auf ihrer Flucht,
Und ihre hüllenden Gewände,
Jed' Fältlein küßend, streng durchsucht,
Ob sie nicht führen Kontrebande
An allerlei verruchten Dingen,
Ob sie ein Liebesbrieflein
Der Freiheit wollen überbringen
Und ein gefährlich Stelldichein. —
Mir ward in jenen Visionen
Beglückter Zukunft schönster Gruß:
Ich sah das Heer von Maulspionen,
Welch' ein prophetischer Hochgenuß!
Wie Jäger, einen Fuchs zu prellen,
Ans Loch des Bau's ihm Schlingen stellen,
Drein sich der Lohse muß verfangen,
Treibt ihn aus seiner dunklen Schlu
Hinaus vorwitziges Verlangen
Nach freier, frischer Waldesluft:
So schaut' ich damals mit Ergötzen
An Menschenmundes offener Pforte
Spione lauern und die Worte
Auffangen mit Berratesnezen.
Hat es die Politik gebracht
In ihrer Kunst zu solchen Flügen,
Dann ist begründet eure Macht,
Dann ist Regieren ein Vergnügen.

Aus dem „Faust“ von Nikolaus Lenau. 1835.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der
„Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 35

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Nummunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 1. September 1917

Einzel-Nummer 15 Bfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Bfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Vereinigten Staaten von Europa	Seite 265
Die Friedensformel der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten. Von Peter Anruh	268
Der Bankrott der sozialpatriotischen Ver- ständigung	268
Die Regierung der Rettung der Revolution	269
Aus unserm politischen Tagebuch	271
Feuilleton:	
Die Sturmglöcke. Von Leonid Andrejew	271
Eine Satire auf den Haager Friedenspalast	272

Die Vereinigten Staaten von Europa.

In ihrer Verlegenheit suchen unsere Zentrumsleute ihren pazifistischen Utopien einiges Leben zu geben, indem sie aus ihrem Kopfe allerhand Möglichkeiten weltpolitischer Entwicklung herausspintisieren. Eine Lieblingsidee von Karl Kautsky ist die der Vereinigten Staaten von Europa. Die Sache ist höchst einfach. Wie die politische Einheit vom Stadtstaat und dem ritterschaftlichen Herrschaftsgebiet über das Kleinfürstentum zum Nationalstaat angewachsen ist, so geht die Entwicklung weiter zum Staatenbund, der sich über Kontinente erstreckt. Diese Entwicklung bedeutet eine Pazifizierung der Völker, eine Entwicklung in der Richtung auf den Weltfrieden. Die Kämpfe unter den so vereinigten Völkern fallen weg, die Rüstungen können kolossal eingeschränkt werden, was ihnen den aufreizenden Charakter nach außen nimmt und auch den nach innen, denn sie werden ja bedeutend billiger werden.

So in Kürze die Auffassung unserer Zentrums-pazifisten. Aber schon der ganze Gedankengang ist nicht richtig. Die Gründung der Nationalstaaten entsprach nämlich zugleich den Bedürfnissen der jungen kapitalistischen Produktionsweise, damit den Interessen des Bürgertums und den Hausmachtinteressen der stärkeren Fürsten. Eine wirtschaftliche Nötigung für den Kontinentalstaat besteht aber nicht, weil wir längst in der Weltwirtschaft stecken. Die konkurrierenden Kapitalistengruppen sind viel zu stark national konsolidiert, als daß sie auf ihre besondere Stellung verzichten und in einem größeren Ganzen aufgehen würden. Möglich ist nur zweierlei: Entweder drückt eine Kapitalistengruppe die andere so in die Ecke, daß sie als unbedingte Herrscherin auftreten und sich den größeren Machtbereich schaffen kann, oder gegenüber der bedrohlichen Macht einer Kapitalistengruppe schließen sich die anderen enger zusammen. Der erste Fall kann wohl nicht als Ziel sozialdemokratischer Politik aufgestellt werden, denn er bedeutet eine furchtbar ver-

schärfte Ausbeutung der Völker. Im zweiten Falle handelt es sich nur um ein Bündnis vielleicht mit gemeinsamer Zollgrenze, aber nicht um eine wirkliche Verschmelzung, denn jede einzelne Kapitalgruppe wird versuchen, unter den Kommanditisten der Firma Vereinigte Staaten den größeren Anteil an der gemeinsamen Beute zu erhaschen. Dieser Anteil aber wird durch die Macht bestimmt, über welche die Gruppe verfügt. Schon das behindert die Einschränkung der Rüstungen, erst recht aber der Charakter der ganzen Vereinigung, der nur auf breiterer Grundlage die alten imperialistischen Gegensätze reproduziert, etwa auf der Grundlage: Europa — Amerika. Gerade der jetzige Weltkrieg zeigt, daß bei der Auseinandersetzung der weltpolitischen Gegensätze stets die ganze Volkskraft eingesetzt und bis auf den letzten Rest ausgenutzt wird.* Das zeigt schon den ganzen weltfremden Charakter der Abrüstungsforderung, solange überhaupt weltpolitische Interessengegensätze bestehen.

In recht interessanter Weise wird das Problem der Vereinigten Staaten Europas in einem Aufsatz: „Vom 4. August bis Stockholm“ von Max Cohen behandelt (Sozialistische Monatshefte, 1917 Nr. 16). Unter den deutschen Imperialisten gibt es bekanntlich zwei Richtungen. Während die eine unter Führung von Rohrbach die Verständigung mit England und den rücksichtslosen Kampf gegen Rußland predigt, will die andere unter Führung Reventlows, die Niederschmetterung Englands. Der verschärfte U-Bootkrieg bedeutete den Sieg dieser zweiten Richtung innerhalb der deutschen Reichspolitik. Cohen gehört zu den Lenschianern, die im Kielwasser Reventlows segeln. Wohl gemerkt, auch bei Lensch u. Comp. handelt es sich nicht um eine Verständigungspolitik mit Rußland, die etwa erst aus der russischen Revolution geboren wurde, sondern die schon aus der Zeit des ungefährdeten zaristischen Regiments stammt, was die „sozialdemokratische“ Kriegsparole: Nieder mit dem Zarismus! recht eigenartig beleuchtet.

Aus Cohens Aufsatz springt nun der imperialistische Charakter der Forderung der Vereinigten Staaten Europas scharf hervor. Er erweitert die Parole: Verständigung mit Rußland, Kampf gegen England! zu der

* Im Grunde war das natürlich immer so, nur daß die Tatsache in früheren Zeiten verhüllt wurde. Bei den unentwickeltesten Produktivkräften konnte nur ein geringer Teil davon unmittelbar in den Dienst des Krieges gestellt werden. So entspringt die ganze friberizianische Heeresverfassung und Kriegführung dieser Schwierigkeit. 1870 wurde Frankreich, 1904 Rußland durch die innerpolitischen Zustände an der Mobilisierung der gesamten Volkskräfte gehindert.